

KOMMENTARE

EU-Gipfel beschließt Stabilitätsunion  
**Sieg der Vernunft**

„17 plus X“ ist die neue Formel Europas. In totaler Fehleinschätzung der Lage glaubte der britische Premier David Cameron – wie einst die „Eiserne Lady“ Margaret Thatcher – das Einstimmigkeitsprinzip in der EU zur Erpressung auszunutzen und Sonderrechte für den Finanzplatz London erkampfen zu können. Stattdessen erlebte der Premier, wie die Karawane der übrigen 26 einfach weiterzog. Als „Bulldogge“ war der Tory in Brüssel angereist, als bessergeser Pudel kehrt er nach 10 Downing Street zurück.

Schon ein gutes Stück zufriedener kann Angela Merkel den Heimweg antreten. Wie weiland die machtvollen Fürsten der CDU hat sie nun in der europäischen Schuldenkrise einen Konkurrenten nach dem anderen ausgestochen – Barroso mit seinen Eurobond-Träumen, Van Rompuy mit seinen Vertrags-Tricks oder Junckers Großzügigkeit mit deutschen Geldbeuteln. Und sie hat, das vor allem war wichtig, den Franzosen Sarkozy überzeugt, der sich lange gegen ihren restriktiven Kurs gewehrt hatte. Das Tandem Berlin-Paris hat funktioniert – auch wenn die Plätze getauscht wurden und nun Merkel auf dem Vordersitz Schwing und Richtung vorgibt.

Ob der Brüsseler Gipfelbeschluss genug politischen Sexappeal verspricht, um die Finanzmärkte zu bezirzen, werden die nächsten Tage und Wochen zeigen. Fest steht zumindest: An dieser Brüsseler Kreuzung hat die Kanzlerin die Union vom Weitermarschieren in die Schuldenunion abgehalten und auf den Pfad in Richtung Stabilitätsunion geschubst. Dieser Kurs der Vernunft ist angesichts der Merkel-kritischen Stimmungslage in Europa und der Begehrlichkeiten in den Schuldenstaaten ein großer persönlicher Erfolg für die deutsche Regierungschefin. Die Schuldenkrise im Euroraum ist damit noch lange nicht gelöst, aber eine ihrer Ursachen wurde seriös angepackt. Auch an die anderen Wurzeln des Übels – etwa die großen Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit – muss man endlich herangehen.



Alexander Weber

Sie erreichen den Autor unter Alexander.Weber@merkur-online.de

EU befürwortet Neubau von 40 Atommeilern  
**Die Partner meutern**

Auch die unbestrittene europäische Führungsmacht kann Gefolgschaft nur erwarten, wenn sie über (be-)zwingende Argumente verfügt. Betrübts muss die Bundeskanzlerin zur Kenntnis nehmen, dass ihr die EU-Partner beim Atomausstieg – anders als in der Euro-Politik – eben diese Gefolgschaft verweigern. Mehr noch: Die EU will sogar den Ausbau der Kernenergie massiv vorantreiben.

Taktisch geschickt zum Ende der Weltklimakonferenz in Durban hat EU-Energiekommissar Oettinger seine Pläne zum Neubau von bis zu 40 Kernkraftwerken in Europa vorgestellt. Er düpiert damit Angela Merkel, die ja als Klimakanzlerin angetreten war und seit Fukushima von ihrer eigenen CO<sub>2</sub>-Strategie nichts mehr wissen will; denn klar ist, dass die Abschaltung der Atommeiler den Ausstoß klimaschädlicher Gase erst einmal drastisch erhöht. Auch die Strompreise werden – für alle Europäer – steigen, weil Deutschland den europäischen Stromverbund anzapft. Auch das hat für erhebliche Irritationen über den Atom-Alleingang der Deutschen gesorgt.

Auf einem anderen Blatt steht, ob Brüssel gut beraten wäre, den EU-Mitgliedsländern, wie von Oettinger erwogen, auch Subventionen für den Ausbau der Atomenergie zu erlauben. Das wäre ein massiver Affront gegen Berlin, das die deutsche Sicherheit durch Kernkraftwerke in seiner Umgebung bedroht sieht. Mit heftigen Reaktionen der Führungsmacht wäre wohl zu rechnen.



Georg Anastasiadis

Sie erreichen den Autor unter Georg.Anastasiadis@merkur-online.de

CSU-Krach um den Konzertsaal  
**Diffuse Gefühle**

Die spektakulären Konzerthäuser dieser Welt stehen in Sydney, Wien oder New York, man sucht sie eher nicht in Wunsiedel und Tirschenreuth. Natürlich muss es München sein, was sonst, wenn Bayern mit einem Konzertsaal in der internationalen Liga mitspielen will. Darum geht es in Wahrheit auch gar nicht in der Polit-Debatte um den Traum von der „Isar-Philharmonie“. Nicht um Standort-Konkurrenz, sondern um Befindlichkeiten.

Diffuse Gefühle dominieren bei den Skeptikern in der CSU. Schon wieder München! Schon wieder die Stadt von diesem furchtbar beliebten Ober-Sozi Ude! Gegen den man doch Wahlkampf machen müsste, statt ihm die Millionen ans Isarufer zu schmierem! Schon wieder ein Großprojekt! Wenn jetzt von 150 Millionen Euro die Rede ist, kostet es am Ende sicher 300 Millionen!

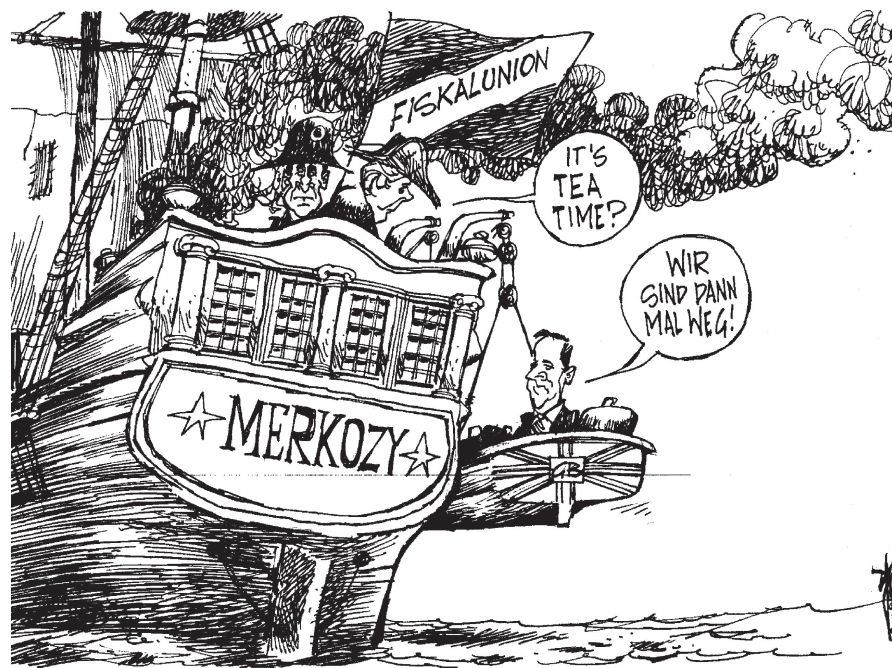
Hinzu kommt ein allgemeines Murren der CSU-Fraktion über die Staatsregierung. Einige Abgeordnete fürchten mal wieder, Wichtiges werde über ihre Köpfe hinweg beschlossen – von Leuten, die sich, und das vielleicht auch noch zu Recht, für weitsichtiger halten. Ministerpräsident Seehofer und sein Minister Heubisch müssen jetzt nicht einknicken, aber sie sollten bei der Vermittlung ihrer Konzertsaal-Visionen nachbessern.



Christian Deutschländer

Sie erreichen den Autor unter Christian.Deutschlaender@merkur-online.de

KARIKATUR



Meuterei auf der „Merkozy“

ZEICHNUNG: JANSON

EU-GIPFEL

„Fortschritt unter dem Druck der Krise“

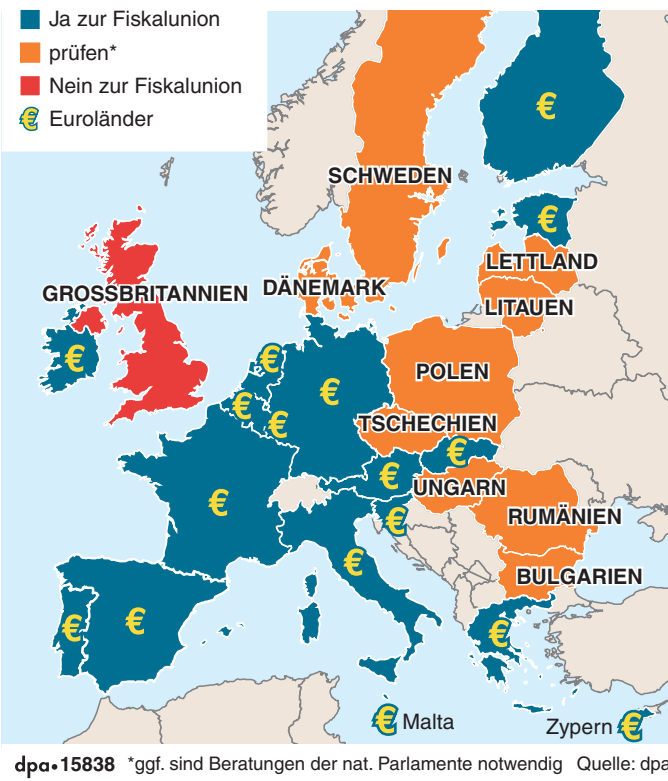
München – Die Briten haben auf dem EU-Gipfel in Brüssel mit ihrer Blockade von Vertragsänderungen eine umfassende Europa-Lösung verhindert. Wir sprachen darüber mit dem Münchner Politik-Wissenschaftler Professor Werner Weidenfeld:

■ **Europa wagt die Gründung einer Fiskalunion. Nicht alle machen mit. Steht Europa vor der Spaltung?**  
Nein, keineswegs. Wir erleben einen Vorgang, den ich als differenzierte Integration bezeichnen würde. Bereits als in der Europäischen Union die Mitgliederzahl anwuchs, war klar, dass auf Dauer nicht immer alle jeden weiteren Schritt mitmachen würden. Aber warum sollten die anderen warten, bis auch der letzte sagt: ich bin dabei. Das war so beim Schengen-Abkommen zur Inneren Sicherheit, und das war auch bei der Gründung der Währungsunion so. Der Gedanke, dass weitere Schritte nicht von allen gleichzeitig gemacht werden, ist seit etlichen Jahren im Integrationsvorgang enthalten. Das Verhalten der Briten ist dafür ein weiteres Beispiel.

■ **Die Briten sind nun also nicht isoliert?**  
Die Briten haben sich mit ihrer Haltung selbst keinen besonderen Dienst erwiesen. Sie dokumentieren damit ihren Einfluss-Verlust in Europa. Den gibt es aber bereits seit etlichen Jahren, denn

Pakt gegen Schulden

26 der 27 EU-Staaten wollen sich am neuen Vertrag beteiligen, der die Grundlage für eine Fiskalunion legen soll.



dpa-15838 \*ggf. sind Beratungen der nat. Parlamente notwendig Quelle: dpa

London macht ja in mehreren Punkten nicht mit, und deshalb gehen die anderen ihren Weg eben ohne sie. Die Briten sind in Europa keine Schlüsselkraft mehr. Darüber, ob dies strategisch geschickt war, müssen die Briten sich selbst klar werden.

■ **Viele EU-Politiker fühlen sich durch die Briten**

genervt, weil sie zwar mitreden und mitbestimmen wollen, den Euro aber ablehnen. Muss London die Beziehungen zur EU neu verhandeln?

Nein. Das Verhalten der Briten liegt auf einer gewissen Kontinuitätslinie. Wir haben es ja nicht mit einem völlig neuen Phänomen zu tun. Zur Erinnerung: Als in den 50er-

PRESSESTIMMEN

zum EU-Gipfel

„Das Ziel, das Merkel und Sarkozy verfolgen, ist richtig: Größere Haushaltsdisziplin und automatische Sanktionen für Defizitsünder. Allerdings zahlen „Merkozy“ für das Brüsseler Gipfelergebnis einen hohen Preis, weil sich die bereits bestehende Spaltung in der EU noch verfestigt. Wir leben nun nicht mehr in einem Europa der zwei, sondern der drei Geschwindigkeiten: Ein solider Kern der Euro-Zone um Deutschland, kriselnde Südeuropäer mit dem Euro und alle anderen, die dazukommen können oder auch nicht.“

DER TAGESSPIEGEL, BERLIN

„Kein Zweifel, dass die siebzehn Mitglieder der Eurozone, die nun einen separaten Vertrag (der für andere offen bleiben soll) zur Vertiefung ihrer Zusammenarbeit in Fi-

nanz- und Wirtschaftsfragen schließen wollen, den Grundstein für eine politische Union gelegt haben. Doch es entsteht die paradoxe Situation, dass, um der Einheit Europas willen, seine neue Aufteilung in Kauf genommen werden muss.“

FAZ

zu Cameron/EU-Gipfel:

„Cameron bricht mit 50 Jahren britischer Geschichte, das Vereinigte Königreich ist mehr und mehr isoliert. Es war Camerons letzter Bluff.“

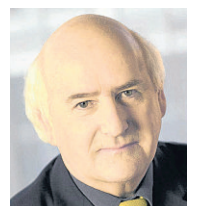
THE GUARDIAN, LONDON

„Großbritannien steht allein im neuen Europa.“

THE TIMES, LONDON

„Was glaubt Ihr (EU), wer Ihr seid?“

THE SUN



Werner Weidenfeld

ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der LMU München

nachgeholt. Gewisse Sachverhalte sind in Europa eben nur unter Druck oder wie derzeit in einer Krise möglich.

■ **Kanzlerin Merkel und EZB-Präsident Draghi haben die Gipfel-Ergebnisse als wichtigen Schritt zur Stabilisierung der Euro-Zone bezeichnet. Wie sehen Sie das?**

Es war ein Schritt. Mehr nicht. Jetzt müssen die Details ausgearbeitet werden. Und das wird interessant, denn es stehen ja auch gewisse Machtdispositionen an.

■ **Die EZB soll nun freie Hand beim Ankauf von Anleihen erhalten. Ist das der Preis, den Kanzlerin Merkel für ihre Stabilitätsunion zahlen muss?**

Das ist sicher ein Zugeständnis, das von ihrer strikten Grundlinie abweicht. Aber gewisse Zugeständnisse müssen in einem großen Verhandlungspaket immer gemacht werden. Das ist unvermeidlich.

Interview: Werner Menner

Entsteht nun ein Kern-europa?

Nein. Das Wort löst eine falsche Assoziation aus. Wir haben eine Integration auf hohem Niveau. Da liegt es auf der Hand, dass weitere Schritte nicht von allen gleichzeitig vollzogen werden. Derzeit werden diese ausdifferenziert. Wenn später in der Sicherheitspolitik ein großer Schritt gemacht wird, werden ebenfalls nicht alle dabei sein.

Bedingt das ein Europa der zwei Geschwindigkeiten?

Sogar von mehr als zwei Geschwindigkeiten. Und das ist kein Fehler oder gar Rückschritt, denn das hohe Niveau der Integration wird ja gehalten. Man versucht jetzt, einen möglichst präzisen Zugriff der europäischen Ebene auf die Rahmenbedingungen der gemeinsamen Währung zu ermöglichen. Das wurde nun unter Druck nach einem schwierigen Lernprozess

Merkel droht und gewinnt

Gipfelmotto: Wer nicht mitmacht, lässt es bleiben – Großbritannien isoliert – Kanzlerin sieht keine juristischen Probleme

VON THOMAS LANG

Brüssel – Am Ende ging alles ganz schnell. Die lange Nacht von Brüssel hatte Spuren hinterlassen, die Mundwinkel Angela Merkels schienen noch ein wenig tiefer eingegraben. Begeisterung sieht anders aus, aber die Bundeskanzlerin war zufrieden. In einem beispiellosen Schritt setzten Merkel und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy auf dem EU-Gipfel eine Abschlusserklärung durch, obwohl ein wichtiges Mitglied der 27 nicht mitgehen wollte. Auch wenn Großbritannien das bestreitet: Das Land ist isoliert, mit noch unabschließbaren Folgen.

„Als Europäerin der 27 wäre es mir auch recht gewesen, Großbritannien hätte ja gesagt“, meinte Merkel am Freitag gelassen. Aber erreicht worden sei eben der „Nukleus“ eines Vertrages über die Stabilitätsunion, dem am Ende – Beispiel Schengen-Vertrag zur Freizügigkeit in Euro-

pa – vielleicht auch die noch zustimmen könnten, die heute nicht dabei sind.

Als ob der Druck der Finanzmärkte und Ratingagenturen nicht genug gewesen wäre, hatte Deutschland vor dem Krisengipfel zur Eurorettung eine mächtige Drohkulisse aufgebaut. Es könne gut sein, dass das ganze Wochenende verhandelt werden müsse, ließen deutsche Diplomaten verlauten. „Kreativität“ sei gefordert, und notfalls reiche eben eine Einigung der 17 Euroländer. Wer nicht mitmacht, lässt es bleiben. Merkel war sich bei diesem harten Kurs der Unterstützung Sarkozys sicher, den hatte sie noch am Donnerstag erneut gesprochen. Am Ende wackelten selbst die gegen „Merkozy“ opponierenden Ungarn und sagten, wie einige andere auch, zumindest eine Prüfung der neuen Stabilitätsvereinbarung zu. Auch Polen, und das war den Deutschen wichtig, war mit im Boot. Großbritannien stand alleine da.



Das Mienenspiel sagt alles: Merkel und Cameron (re.) FOTO: DPA

Merkel griff unterdessen auf eine alte asiatische Weisheit zurück: Die Krise müsse als Chance begriffen werden, sagte sie. Geburtsfehler der Währungsunion müssten jetzt korrigiert werden. Automatische Sanktionen gegen Schuldenträger, eine Schuldenbremse in den nationalen Gesetzen, eine Verpflichtung zum Abbau der Defizite – das alles soll not-

falls vom Europäischen Gerichtshof EuGH geprüft und durchgesetzt werden. Keine Rede ist mehr von einem europäischen Konvent, von offener Debatte unter den Bürgern Europas, die dem ins Schlingern geratenen Projekt hätte neue Legitimation geben können. Wieder geht es eher auf Brüsseler Art. Wenn kein Vertrag mit allen 27, dann eben mit

„17 plus X“, juristische Probleme werde es dabei nicht geben, sagt Merkel optimistisch. Experten hätten versichert: „Da gibt es Spielräume.“

Unabhängig von solchen offenen Fragen ist auch ungewiss, ob und wie lange die Finanzmärkte das Ergebnis von Brüssel als ausreichend betrachten. Sie dürfte mehr interessieren, wie schnell die mit 200 Milliarden Euro angelegte Aufstockung der Mittel des Internationalen Währungsfonds (IWF) greift. Und welche – größere – Rolle in Zukunft die Europäische Zentralbank spielen soll. Deren Präsident Mario Draghi wird in Brüssel schon als neuer starker Mann gesehen – neben der starken „Madame Merkel“, versteht sich.

Ob dies denn der letzte Gipfel in diesem Jahr gewesen sei, wird Merkel zum Abschluss gefragt. „Wir haben uns alle frohe Weihnachten gewünscht“, sagt sie. Gute Wünsche können schließlich nie schaden.